



Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsdienstgegner*innen in der Städteregion Aachen

Boxgraben 132, 52064 Aachenxcv
www.aachen.dfg-vk.de; [Mail: aachen@dfg-vk.de](mailto:aachen@dfg-vk.de)

im Febr. 2024

Liebe Freundinnen und Freunde,

Aachen, Sa. 8. Juni 2024 in der Lützw-Kaserne: „Tag der Bundeswehr“ – der nächste Schritt zu Pistorius` „wehrtüchtiger Gesellschaft“!

**Wenn aber der Militarismus wieder sein garstig Haupt erhebt, darf unser energischer
Protest nicht ausbleiben!**



Daher laden wir am **Mittwoch, den 10. April um 18.00 Uhr** befreundete Gruppen/Organisationen aus dem Nicht-Quergläubigenmilieu in unser Büro im Boxgraben 132 ein, sich an der Überlegung gemeinsamer Protestaktionen zu beteiligen!

Am 24.2. jährt sich der **Beginn des Ukraine-Krieges** zum 2. Mal. Der DFG-VK Bundesverband ruft zusammen mit weiteren Friedensorganisationen wie der IPPNW, pax-christi, Naturfreunde u.a. zu Aktionen auf. U.a. in Berlin, Hamburg, Frankfurt und Stuttgart finden Demonstrationen statt. In NRW rufen wir gemeinsam mit dem Kölner Friedensforum zu einer NRW-weiten Demonstration in Köln auf: **"Frieden, Brot, Würde – in der Ukraine und weltweit!"** Aus diesem Grund verzichten wir auch auf eine eigene Aktion in Aachen und rufen zur Teilnahme an der für uns zentralen Kundgebung/Demonstration in Köln.

Start ist um 14 Uhr auf dem Alter Markt!

Rede- und Kulturbeiträge:

Özlem Demirel: Abgeordnete im europäischen Parlament für „Die Linke“.

Michael von der Schulenburg (Diplomat, ehemaliger Assistant General Secretary des UN Generalsekretärs).

Weitere Redebeiträge folgen. Der komplette Aufruf siehe: www.koelner-friedensforum.org

Treffen AC-Hbf.: 12.35 Uhr, Abfahrt: 12.51 Uhr



Einladung zu unserer Diskussionsveranstaltung in Kooperation mit dem Ev. Erwachsenenbildungswerk Aachen und unterstützt durch: Aachener Friedenspreis e.V., Antikriegsbündnis Aachen, Ende Gelände Aachen, Muita Merda, pax- christi Diözesanverband im Bistum Aachen und VVN-BdA Aachen:



Das Militär gilt als einer der großen Klimasünder dieser Welt; geschätzt 5-6 % des weltweiten CO₂-Ausstosses wird ihm zugerechnet. Allen voran gilt das US-Militär als größter institutioneller Verbraucher von fossilen Energieträgern weltweit - auch im Frieden. In Kriegszeiten potenzieren sich Ressourcenverbrauch und Umweltschäden dann um ein Vielfaches. Trotzdem wird das Militär **keinem** Klimavertrag unterworfen; es kommt defacto nicht vor und muss bisher keinerlei Berichtspflichten erfüllen. Die aktuelle Auf- und Hochrüstung verschärft diese Situation durch weitere Ressourcenverschwendung, durch die Gefahr neuer Konfrontation und Kriege und durch die Bindung von Geld, das für Klimaschutz, Fluchtursachenbekämpfung und eine gerechte Welt viel dringender gebraucht würde. Schon die norwegische Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland sah auf der Welt Klimakonferenz 1988 in den Atomwaffen und dem menschengemachten Klimawandel die „doppelte Gefahr einer Selbstvernichtung der Menschen“.

Daher sollte für Politik wie für die antreibenden sozialen Bewegungen gleichsam lauten: **Globale Krisen können nicht mit Aufrüstung, Krieg und Waffengewalt gelöst werden. Es bedarf vielmehr eines kooperativen, vertraglich fixierten Handelns der gesamten Weltgemeinschaft!**

Akt. Hinweis: *Leider hat Linda Kastrup zum letzten Monatswechsel ihre Teilnahme aus privaten Gründen abgesagt. Wir bemühen uns derzeit um „Ersatz“.*

Am 3. Jahrestag der völkerrechtlichen Gültigkeit des UN-Atomwaffenverbotsvertrag, am 22.01.24 hatte das Aachener Bündnis gegen Atomwaffen zu einer hochkarätig besetzten Diskussionsveranstaltung in die Bischöfl. Akademie eingeladen:



Vor ca. 50 Teilnehmern diskutierten unter der Moderation des ehem. Redakteurs der AN, Joachim Zinsen, Dr. Angelika Claussen, Europapäsidentin der IPPNW und der Journalist Andreas Zumach (DFG-VK).

Das Bündnis lädt nun im März ein zu einem **Theaterabend** in die Klangbrücke: s. Flyer > Der Eintritt ist frei – Spenden erbeten.

SINGVÖGEL UND RABEN WAREN AUCH NICHT MEHR DA

Shigemí Ideguchi

Bericht aus dem
Zentrum der
Atombombenexplosion

Theateradaption
artEnsemble Bochum

Eintritt frei
Spenden möglich



Am Ostersonntag, **30. März** rufen wir wieder zur Beteiligung an den traditionellen Ostermärschen auf. Das diesjährige Motto des Ostermarsches Rhein/Ruhr lautet:

Gegen die atomare Bedrohung gemeinsam vorgehen!
Ostermarsch 2024 - Ostern für den Frieden:
Die Kriege beenden, die Aufrüstung stoppen!
Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit!

Der volle Wortlaut kann über die Webseite nrw.dfg-vk.de/aufruf-ostermarsch nachgelesen werden. Voraussichtlich werden wir von Aachen zuerst in Düren Station machen (Nörvenich) und von da weiter nach Köln zur Abschlussveranstaltung fahren. Näheres im nächsten RB.

Die Ortsgruppe Aachen der DFG-VK hat Anfang Januar einen **Offenen Brief „Zeitenwende heißt Sozialabbau!“** an gut 30 kirchliche Organisationen, Sozialverbände und Gewerkschaften verschickt. Das Fazit des Briefes, der sich kritisch mit den 100 Mrd. Sonderschulden für Rüstung und der Verpflichtung zur künftigen Einhaltung des NATO-2 %-Ziels befasst, lautet: **„In den kommenden Jahren droht ein nicht gesehener Sozialer Kahlschlag in einem bislang nie gekannten Ausmaß!“** - bei gleichzeitig enormem Bedarf an Mitteln zur Abwendung der Klimakatastrophe und für Zukunftsinvestitionen in den soz. Wohnungsbau, in Bildung, Gesundheit und eine klimagerechte Infrastruktur. (s. auch unten: Meinung zitiert)

» Der genaue Wortlaut ist auf unserer Webseite www.aachen.dfg-vk.de nachlesbar.

Die DFG-VK Aachen hat sich im Januar natürlich auch an den beiden großen **Aachener Demonstrationen gegen Rechts bzw. die AfD** beteiligt:



Nicht auf Wohlgefallen stieß dabei bei der 2. Kundgebung am 27. Januar das unten links im Bild zu sehende Plakat von „Aufstehen gegen Rassismus“: „Björn Höcke ist ein Nazi“. Obwohl die Aussage durch Gerichtsurteile gedeckt ist, konfiszierte die Polizei das Plakat. Stand heute ermittelt die Aachener Staatsanwaltschaft noch immer, ob ein Strafdelikt vorliegt. Das ist mittlerweile, bei einem Plakat, was seit 2023 tausendfach vertrieben und publiziert wurde, einfach nur noch peinlich!

So erfreulich die Mobilisierung der Menschen auch ist; auf Dauer wird entscheidend sein, wie die Politik der demokratischen Parteien künftig aussehen wird. Ein weiter so, mit der Übernahme von AfD-Diktion und von deren Forderungen im Umgang mit Flüchtlingen (vgl. Scholz: *Wir müssen endlich im großen Stil abschieben* od. die Forderungen von CSU & H. Wüst nach einem Abschiebendeal mit Albanien)? Oder weiter so mit der sozialen Spaltung der Gesellschaft? Dann bleibt das deutliche Zeichen, welches die Bevölkerung jetzt gesetzt hat, ein Strohhalm und nur ein Knick im Aufwärtstrend der Faschisten!



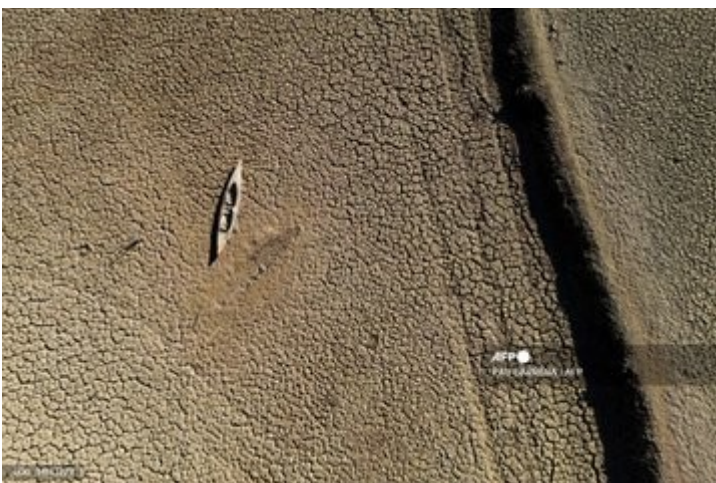
2 Jahre nach dem Überfall der russischen Armee auf die Ukraine und, nach Schätzungen von US-Regierungsquellen, von über 500.000 Toten, unzähligen Verletzten, einer immensen Zerstörung weiter Landesteile und einem jetzt mehr als 1 Jahr währenden Stellungskrieg, reift auch bei einigen Beteiligten auf westlicher Seite der Gedanke, dass der von Präsident Selenskyi unbeeinträchtigt propagierte ukrainische Sieg (inkl. der Rückeroberung aller besetzten Gebiete) doch eine Illusion bleiben könnte. So wird - im Gegensatz zu den hiesigen - in den US-Medien seit einiger Zeit breit über die

Möglichkeiten eines Kriegsendes auf dem Verhandlungsweg diskutiert, weil die Ukraine mit einer Fortsetzung des Krieges Gefahr laufe, „sich selbst zu zerstören“ (Foreign Affairs). Rund ein Jahr, nachdem US-Generalstabschef Milley erste Zweifel an einem schnellen Sieg der Ukraine äußerte, erkannte auch sein jetzt entlassener Kollege auf ukrainischer Seite, Generalstabschef Saluschnyi ein militärisches Patt in den Schützengräben, vergleichbar der Situation an der Westfront im Weltkrieg I. Ein ehem. Berater des Präsidenten sekundierte, die Ukraine stecke in einer Sackgasse und deshalb sei es an der Zeit, „sich an den Verhandlungstisch zu setzen“. Letzten Monat sprach der ehem. Bundeswehrgeneral Ganser in Zeit-online von „einem eklatanten Realitätsverlust“ und einer „gefährlichen Illusion“, der sich die ukrainische Führung hingebende, wenn sie weiterhin an der Erwartung festhalte, dass sie „ihre volle Integrität mit militärischen Mitteln wiederherstellen kann“. Stattdessen empfahl er die Sondierung von „Ausstiegsszenarien“. Doch solchen Überlegungen wird bei uns in der Politik wie in den allermeisten Medien gerne mit Ignoranz und mit Durchhalteparolen begegnet (M. Gahler, CDU-Europapolitiker: *Ukraine unterstützen, koste es, was es wolle & abliefern was geht*; V. Von Cramon-Taubadel, Grüne: „Jede Patrone, die wir für die Ukraine produzieren, ist eine unschätzbare Investition in die eigene Sicherheit.“) Zynisch gefragt: Wie viel Tote & Verwundete, wie viel Zerstörung dürfen es denn für unsere Sicherheit noch sein Frau Cramon-Taubadel?

Meinung zitiert:

Weil die Bundeswehr „in den vergangenen 30 J. systematisch heruntergewirtschaftet worden ist, ... werden dann 2 % Verteidigungshaushalt gemessen am BIP (2024 = ca. 84 Mrd.; 2027 = ca. 95 Mrd. €) nicht mehr ausreichen. Dann reden wir über andere Zahlen, vielleicht 3 oder 3,5 % des BIP“, so Prof. Carlo Masala; BW-Uni München. Und weiter: „Wenn die 100 Mrd. an Sondervermögen ausgegeben sind, müssen die dann aus dem Verteidigungsetat gedeckt werden..., jährlich 30 Mrd.. Schon da sehe ich keine Bereitschaft in Politik oder Gesellschaft, dieses Delta zu minimieren“. Immerhin; sorgen wir mit dafür, dass das so bleibt! Und C. Heusgen, Chef der Münchener Sicherheitskonferenz: Im Kalten Krieg „hat Deutschland zwischen 3 und 5 % des BIP für Verteidigung ausgegeben. In diese Richtung müssen wir gehen“. (FR v. 19.1.24 und 22.12.23)

Nachdem die Bundesfamilienministerin vorschlug, Familien mit einem zu versteuernden Einkommen über 150.000 € das Elterngeld zu streichen, sammelte Unternehmerin V.P. mehr als 600.000 Unterschriften gegen die Sparmaßnahme, worauf die FDP ablehnte. Solch einen Entrüstungsturm hätte sich die Vorsitzende des VDK, Verena Bentle gewünscht, „als im Sommer das größte Gesetzesvorhaben zur Verhinderung von Kinderarmut, die Kindergrundsicherung, kleingeredet wurde“.



Die 1,5 Grad haben wir geschafft; nicht wie prognostiziert ca. 2040, sondern 2024! In Spanien liegen Menschen Ende Januar am Strand – bei 25 bis knapp unter 30 Grad. Konsequenzen? Außer viel Geschwurbel und völlig unzureichende Maßnahmen: KEINE!

Bis auf Minderheiten hören weder Völker noch Regierungen die Signale. Somit steuern wir weiter vereint in die Klimakatastrophe.

Das Foto zeigt einen ausgetrockneten See im Hinterland von Barcelona - und es ist aktuell; nicht vom Sommer!

(Foto: Pau Barrena)

Viele Grüße,

Bernd

PS: Wer diesen Rundbrief künftig nicht mehr beziehen möchte, möge bitte eine kurze Mail an die im Briefkopf angegebene Mailadresse schicken.

Spendenkonto der DFG-VK Aachen, IBAN: DE26 43060967 4006161751.